

# „Köln hat gezeigt, wie krass rassistisch Deutschland ist“

Nach den sexuellen Übergriffen in der Kölner Silvesternacht sowie den darauf folgenden rassistischen Reaktionen gründete sich die Kampagne #ausnahmslos. Hinterland sprach mit der Mitgründerin Kristina Lunz über die Kampagne, die Folgen von Köln und das Sexualstrafrecht.

Worum geht es in der Kampagne #ausnahmslos genau?

Wir sind 22 Feminist\_innen, die nicht akzeptieren wollen, dass Populist\_innen und Rassist\_innen Feminismus missbrauchen, um gegen Geflüchtete und all diejenigen, die sie als ‚die Anderen‘ verstehen, zu hetzen.

Der konsequente Einsatz gegen sexualisierte Gewalt jeder Art ist unabdingbar und von höchster Priorität. Dazu ist es für alle schädlich, wenn feministische Anliegen von Populist\_innen instrumentalisiert werden, um gegen einzelne Bevölkerungsgruppen zu hetzen. Dies geschah in der Debatte um die Silvesternacht in Köln und in anderen deutschen Städten.

Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich ‚Anderen‘ sind: die muslimischen,

arabischen, schwarzen oder nordafrikanischen Männer – kurzum, all jene, die rechte Populist\_innen als ‚nicht deutsch‘ verstehen. Sie darf auch nicht nur dann Aufmerksamkeit finden, wenn die Opfer (vermeintlich) weiße Cis-Frauen<sup>1</sup> sind. Der Einsatz gegen sexualisierte Gewalt muss jeden Tag ausnahmslos politische Priorität haben, denn sie ist ein fortwährendes Problem, das uns alle betrifft. 2014 ergab eine Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), dass mehr als die Hälfte aller Frauen bereits sexuell belästigt wurde und ein Drittel sexualisierte und/oder physische Gewalt erlebte. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist jährlich mehr als 7.300 angezeigte Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen in Deutschland aus. Das sind zwanzig jeden Tag und die Dunkelziffer liegt weitaus höher.

Wie habt ihr euch gefunden und warum?

Kristina: Nach den Vorfällen in Köln und anderen deutschen Städten ergriffen Kübra Gümüsay, Anne Wizorek und Emine Aslan die Initiative und schickten eine E-Mail an den Rest von uns. Sie schlugen vor, gemeinsam etwas gegen den aufkochenden Rassismus und den Missbrauch von Feminismus nach den Vorfällen in Köln zu unternehmen. Alle waren sofort einverstanden, denn als wir von den Vorfällen erfuhren, waren wir sehr geschockt und wütend wegen der rassistischen Äußerungen. Und wir wollten das einfach nicht akzeptieren. Als Feminist\_innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen setzen wir uns seit vielen Jahren – und manche schon seit Jahrzehnten – für Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, für eine offene und faire Gesellschaft ein, engagieren uns gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt.

Dabei haben wir gelernt wie wichtig es ist, auch gegen Rassismus und andere Formen von Diskriminierung zu stehen. Wir wollten es nicht zulassen, dass Populist\_innen und Hetzer\_innen das letzte Wort haben.

Wir wünschen uns und setzen uns dafür ein, dass alle Menschen sich von klein auf, unabhängig von ihrer Ethnie, sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität, Religion oder Lebensweise, sicher fühlen und vor verbalen und körperlichen Übergriffen geschützt sind: egal ob auf der Straße, zu Hause, bei der Arbeit oder im Internet. Das sind die Grundlagen einer freien Gesellschaft und ich empfinde es als meine persönliche Pflicht sowie meinen Wunsch, zu einer respektvolleren Gesellschaft beizutragen.

Was ist nach Köln in Bezug auf das Sexualstrafrecht passiert?

Kristina: Schon vor Köln gab es einen Reformentwurf für das Sexualstrafrecht, der, in Anbetracht der aktuellen Rechtslage, mehr als nötig ist. Jedoch hat sich seit Köln kaum etwas geändert. Es mag unglaublich klingen, aber sexualisierte Gewalt in Form von Grapschen ist in Deutschland keine Straftat, weshalb auch viele der Täter in Köln und anderen Städten nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Das ist ein völlig inakzeptabler Zustand! Ja, eigentlich ein Skandal. In Deutschland ist Eigentum besser geschützt als sexuelle Selbstbestimmung! Ein ‚Nein‘ des Opfers reicht weiterhin nicht aus. Nur wenn sich das Opfer im Falle einer Vergewaltigung wehrt, kann das vor Gericht als Vergewaltigung in Betracht gezogen werden. Der Fokus liegt somit weiterhin auf dem Verhalten der Opfer.

Das führt dazu, dass schätzungsweise nur fünf bis 15 Prozent aller Vergewaltigungen - wobei hier mehr als 90 Prozent der Opfer weiblich sind - angezeigt werden. Und, wie es sogar der Justizminister Heiko Maas nach den Vorfällen in Köln betont hatte, nur acht Prozent der Täter werden verurteilt. Auch die am 16. März im Bundeskabinett beschlossene Reform ändert daran nicht viel. Es wurde sich nur auf einige Ausnahmen geeinigt, wie zum Beispiel auf Situationen, in denen das Opfer sich dann nicht mehr wehren muss. Am Kernproblem, dass Nein noch immer nicht Nein heißt - was beispielsweise die Istanbul Konvention des Europarats fordert - ändert das nichts. Während in einigen Ländern das Paradigma bereits ‚Ja heißt Ja‘ lautet - das bedeutet, sexuelle Handlungen sind nur dann straffrei, wenn die Beteiligten aktiv zustimmen - schafft es Deutschland nicht mal die sexuelle Selbstbestimmung



Kristina Lunz:  
Mitverfasserin von  
#ausnahmslos,  
Gründerin der  
Kampagne StopBild-  
Sexism, Mitarbeiterin  
und Absolventin der  
Universität Oxford  
und wissenschaftliche  
Beraterin

*‘ Wenn jemand  
sich mit dem  
Geschlecht, mit dem  
sie/er geboren und  
sozialisiert wurde,  
identifiziert, nennt  
man das Cis-  
Frau/Cis-Mann.*